



Serge

# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/290

13. Dezember 1950

Hinweise  
auf den Inhalt

Der wahre Sinn des Grotewohl-Briefes	S.1
Internationale Rohstoffverteilung	S.3
Beran, der "Widder von Prag"	S.4
Das Repräsentationskonto des BDI	S.5

---

### Propaganda im Vorfeld

R.D. In Ausnutzung der Situation in Korea bemüht sich die kommunistische Fronde in Lake Success und zugleich an allen Fronten des kalten Krieges - in Persien, Indochina und in Westdeutschland um die Festigung ihrer Position. Rundfunkpropaganda und Briefaktionen aus der Sowjetzone, gerichtet an Betriebe und Familien in Westdeutschland sollen die Angstpsychose um den drohenden Krieg verstärken und damit auch die westdeutschen Politiker und die Bundesregierung unter Druck halten. Aber Westdeutschland schweigt, denn hier erscheint die Angst als der schlechteste Berater und man weiss, dass weltpolitische Entscheidungen nicht auf der politischen Propagandabühne gefällt werden. Auch die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Welt wird nicht mit Propagandaparolen getroffen, und es wäre sicherlich falsch, sie im Angstzustand zu diskutieren. Im Vorfeld solcher Propaganda am Krieg oder Frieden liegt der Vorschlag Otto Grotewohls und das Bemühen kommunistischer Kreise unter Ausnutzung der Kriegspsychose seinen Brief an Dr. Adenauer in die westdeutsche Diskussion zu bringen.

Vielleicht stimmt es, wenn nicht nur von kommunistischer Seite betont wird, dass die Einwände Westdeutschlands gegen die demokratische Legitimation Otto Grotewohls und seine Forderung auf paritätische Besetzung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates unerheblich sind, angesichts der Aufgabe, eine gesamtdeutsche, souveräne, demokratische und provisorische Regierung vorzubereiten, die in der Lage

sei, einen Friedensvertrag mit den Alliierten abzuschliessen. Es stimmt aber sicherlich nicht, dass damit die Entscheidung über Krieg oder Frieden in der Welt oder auch nur in Europa oder Deutschland zu fällen wäre.

Die weltpolitische Spannung ist keine Angelegenheit zwischen Deutschland und Russland oder den Alliierten, sie ist die Kristallisation der Beziehungen der Alliierten untereinander. Nicht Deutsche haben Deutschland aufgeteilt, sondern die Alliierten- und ebenso Oesterreich und Korea. Die innerpolitischen Spannungen zwischen den aufgeteilten Ländern und Völkern sind nicht Ursache, sondern Wirkung der alliierten Uneinigkeit und der Tatsache, dass Teile dieser Völker unter Zwang zur Option für einen der Alliierten und seine politischen Ziele missbraucht werden. Ihre Friedensangebote sind demzufolge nichts anderes, als politische Optik ohne rechtliche Wirkung - also Propaganda. Die wahre Entscheidung über Krieg und Frieden fällt zwischen Washington, London und Paris einerseits und Moskau andererseits, unbeschadet jeder Verhandlung um einen konstituierenden Pakt zwischen Bernund Pankow.

Diese einfache Feststellung reduziert Otto Grotewohls Vorrede auf seinen innerdeutschen Zweck, die geschwächte Position der Kommunisten in Westdeutschland unter Ausnützung der künstlich geförderten Angstpsychose zu stärken und auf seinen propagandistischen Sinn, die Antreiber im Krenl wieder einmal als um eine gesamtdeutsche Lösung besorgte Friedensengel erscheinen zu lassen. Erst die Stärkung der fünften Kolonnen Westdeutschlands würde die taktischen Voraussetzungen für innderdeutsche Konflikte und damit für den Einsatz von Volkspolizei und daraus schliesslich den Ausgangspunkt alliierter militärischer Auseinandersetzung in Europa schaffen.

Nur eine echte Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es nur ein Hindernis: die Regierung Otto Grotewohls als Satellitenregime der Sowjets. Sie ist unter Zwang und Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung in der Ostzone gebildet und ermangelt daher der natürlichen Voraussetzung, auch an einer demokratischen provisorischen Regierung Gesamtdeutschlands mitzuarbeiten. Nur eine aus freien, gleichen und geheimen Wahlen, unter gleichberechtigter Teilnahme aller Parteien und Personen hervorgegangene ostdeutsche Regierung kann legitimiert sein, Verhandlungen über die gesamtdeutsche Lösung zu führen. Wer hindert eigentlich die Ostzone an solchen Wahlen? Dieselben Kreise, die unter der Kriegsdrohung versuchen, auch in Westdeutschland ihr Geschäft zu machen. Nicht Angst wird sie daran hindern, sondern nur kühle, nüchterne Überlegenheit.

Internationale Rohstoffverteilung

B.C.London, im Dezember

Es war mehr die Furcht vor künftiger Knappheit als tatsächliche gegenwärtige Verknappung infolge der Stapelung durch amerikanische Regierungsstellen und internationale Spekulanten, die die Preise lebenswichtiger Rohstoffe in die Höhe trieb und ausserdem die Ware von den Weltmärkten fast verschwinden liess. "Das Spiel des freien Preismechanismus" als Regulator des Handels der freien Welt ist - nicht zum ersten Mal in der Geschichte der letzten 30 Jahre - ziemlich kläglich zusammengebrochen und hat dadurch nicht nur das Wiederaufrüstungsprogramm der freien Staaten, sondern sogar ihre zivilwirtschaftliche Widerstandskraft gegen kommunistische Störungsversuche ernsthaft gefährdet.

Insbesondere Grossbritannien, dessen Industrie von der Einfuhr fast sämtliche Rohstoffe ausser Kohle abhängig ist, empfand diese Drohung als unmittelbar gegen seine Existenz gerichtet. Als erstes direktes Ergebnis der fünftägigen Gespräche zwischen Präsident Truman und Premierminister Attlee und ihren Stäben haben die Amerikaner ihr hartnäckiges Festhalten am "freien Spiel des Preismechanismus" aufgegeben und die Notwendigkeit internationaler Bewirtschaftung und Zuteilung der lebenswichtigen Rohstoffe innerhalb der freien westlichen Welt anerkannt. Kommissionen von Fachleuten sind bereits damit beauftragt worden, die nötigen Massnahmen für diese Bewirtschaftung im Einzelnen auszuarbeiten. Die wichtigsten Massengüter, die von dieser internationalen Kontrolle erfasst werden sollen, sind Zinn, Kautschuk, Wolle, Baumwolle, Zink, Kupfer, Aluminium und andere Nicht Eisenmetalle. Als dringende Sofortmassnahme, bereits vor der Errichtung der genannten Kontrollen, soll Grossbritannien aus amerikanischen Regierungsbeständen 10 000 t Schwefel und gewisse, nicht zahlenmässig erwähnte Mengen von Zink und Baumwolle erhalten, ohne die wichtige Zweige der britischen Industrie im Laufe der nächsten paar Wochen zum Stillstand kommen würden. Man hofft, dass durch diese Massnahmen den Spekulanten, die versuchen, die westliche Wirtschaft angesichts ihrer Zwangslage zu erpressen, wirksam das Handwerk gelegt werden kann.

Der Widder von Prag

Nach einer Meldung des Vatikansenders ist der Erzbischof von Prag, Josef Beran, verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht worden.

sp. Auf dem Burgplatz in Prag, einem der schönsten Plätze Europas, steht das erzbischöfliche Palais schräg gegenüber dem Hradschin, dem Sitz der Přemysliden, der Lothringer (Karl IV.), der Habsburger, nach 1918 der tschechischen Präsidenten, vorübergehend des Satrapen Hitlers und nach 1945 wieder der tschechischen Präsidenten - Benesch und nach ihm Gottwald. Kirchliche und weltliche Macht siedelten so seit Jahrhunderten dicht und nicht immer friedlich nebeneinander, aber während in dem heiteren Barockbau des Erzbischofs immer nur der vom Vatikan gesalbte Bischof residierte, zeugt die Reihenfolge der Herrscher im Hradschin von der Wandelbarkeit weltlicher Macht.

Wenn Staatspräsident Gottwald aus dem Fenster seines Amtssitzes über den ersten Burghof, an der Burgwache vorbei, schräg hinüber zum erzbischöflichen Palais blickte, konnte er die Geheimpolizisten sehen, die seit dem Fronleichnamstag 1945 den Erzbischof Beran im eigenen Schloß gefangenhielten. Am 31. Mai 1949 hatte Beran gegen die Verletzung der durch die Verfassung geschützten Religionsfreiheit protestiert, am 18. Juni gegen Polizeimassnahmen der Kommunisten in seinem eigenen Haus. Wenige Tage darauf marschierten "spontan" Arbeitermilizen vor dem Palais auf. Seitdem durfte Beran das Haus nicht mehr verlassen, seine bisherigen Vertrauensmänner wurden entfernt..

Beran heisst auf deutsch Widder, und etwas von der Starrköpfigkeit und Unbeugsamkeit dieses Geschöpfes steckt in dem Bauernjungen aus Westböhmen, der den deutschen Gewalthabern trotzte und dafür bis Kriegsende im KZ Dachau gefangengehalten wurde und der sich ebensowenig beugte, als die Kommunisten nach dem Februar-Putsch in Prag zum Angriff gegen die Kirche ansetzten. Das begann mit der Gründung der "Katholischen Aktion" vor zwei Jahren, einer von der Regierung inspirierten Organisation, die den Zweck hatte, die Kirche vom "politischen Einfluss einer ausländischen Macht" - des Vatikans - "zu befreien". Durch Kanzelerklärungen wurde dieser Aktion von der Kirche wirksam begegnet. Dann folgte das Kirchengesetz vom Oktober 1949, wonach Priester vom Staat zu besolden seien, dem sie also auf diese Weise ver-

pflichtet wurden. 1950 griff man dann zu Schauprozessen: im April gegen Angehörige dreier Prämostratenser-Mönster, denen man Putschabsichten und Valuten-Schmuggel vorwarf; im April wieder gegen Ordensangehörige mit dem Vorwurf, "wirtschaftlichen und politischen Spionagedienst" für den Vatikan geleistet zu haben und vor kurzem ein "Hochverratsprozess" gegen neun katholische Geistliche, wobei in allen drei Prozessen die Ähnlichkeit mit derartigen Darbietungen in Ungarn, die abscheulichen Selbstbeichtungen einiger Angeklagter, kurz die Moskauer Regie solcher Schauprozesse nicht geleugnet wurde. Das tschechische Volk, in seinem bäuerlichen, aber auch städtischen Teil von einer tief verwurzelten, oft fanatischen Frömmigkeit, kann man freilich mit solchen Prozessen nicht überzeugen. Es schweigt dazu, weil die Tschechen kein Volk von Revolutionären sind, aber der innere Widerstand gegen das Regime wächst im gleichen Masse, wie dieses Regime sich anstrengt, die Kirche zu entthronen.

Die Prozeszregie flocht immer häufiger den Namen Beran ein. Das liess erwarten, dass die Tage des Erzbischofs gezählt sind. Damit kommt die Stunde des Gegenspielers Berans, des Paters Josef Flojhar, heute Gesundheitsminister, der unbekümmert um seine Exkommunikation die Bestrebungen des Regimes unterstützt, die katholische Kirche in der Tschechoslowakei von Rom zu lösen und aus Prag ein vom Vatikan unabhängiges kirchliches Zentrum der Katholiken in den Satellitenstaaten zu machen. Der Unterschied gegenüber Ungarn bei aller Gleichartigkeit der Vorgänge ist, dass man dort keinen Flojhar, also keinen aus dem katholischen Lager kommenden, abtrünnigen Kleriker hat. Ob andererseits Gottwald den Mut aufbringt, aus Beran einen Mindszenty zu machen, muss abgewartet werden.

#### Untragbare Verantwortung

bu. - Über den Bund Deutscher Jugend (BDJ) ist schon viel geschrieben worden. Wenig Gates allerdings, vor allem über sein unübersichtliches Finanzgebaren. Die Geldgeber stehen zu sehr im Hintergrund, und auf der anderen Seite wird durch die Männer im Vordergrund das Geld mit zu vollen Händen ausgegeben. Nicht nur die Großzügigkeit bei den verschiedenen Aktionen und die feudalen Büroräume in der Feldbergstrasse in Frankfurt sind auffallend. Auch der hauptamtlich

angestellte Bundesvorstand übertreibt die vermeintlichen Repräsentationsverpflichtungen offensichtlich. So offensichtlich jedenfalls, dass der bisherige Hauptkassierer und Organisationsleiter, Herr Hubertus von Waldow, nicht mehr bereit ist, die Verantwortung dafür zu tragen.

Mit seiner Politik der sparsamen und zumindest zweckgebundenen Haushaltsführung hatte er schon seit längerem Differenzen mit seinen anderen Vorstandskollegen. Er wollte vor allen Dingen die hohen persönlichen Aufwendungen einzelner Vorstandsmitglieder nicht als differenzierte Repräsentationskosten schlucken. Von Waldow war mit diesem Standpunkt im Vorstand sichtlich in der Minderheit, daher sah er die einzige Möglichkeit, sein Kassierergewissen nicht weiter zu belasten, im Ausscheiden aus dem Bundesvorstand und dem Austritt aus dem BDJ. Alle Ämter hat er inzwischen würdigeren und gefügigeren Nachfolgern zur Verfügung gestellt.

Soweit wäre die Sache bereinigt, ausgenommen der Fall, dass Waldow zuviel Gebrauch machen würde von seinen immerhin guten Kenntnissen des internen BDJ-Betriebes und der Finanzgepflogenheiten des Vorstandes. Wie man hört, will der ehemalige Kassenverantwortliche die Finanziers und Gönner des Bundes über die neue Sachlage unterrichten und ihnen einige recht unangenehme Details zum besten geben. Das wäre für den BDJ allerdings sehr peinlich, denn es ist fraglich, ob eine solche Verwendung der Mittel im Interesse der Geldgeber liegt. Industrie und Handel pflegen für gewöhnlich mit der Bereitstellung von Geldmitteln sehr eindeutige Forderungen zu verbinden. Von den unbedeutenden Mitteln des eigenen Beitragsaufkommens könnte der BDJ überhaupt nicht, geschweige denn so gut wie heute leben.

Auch der Presse- und Propagandamann Gerhard Bischoff hatte lang mit zwei Seelen in seiner Brust gerungen. Eigentlich hatte er sich vorgenommen, mit Waldow auszuschcheiden. Inzwischen hat er sich aber mit den anderen Vorstandsmitgliedern ausgesöhnt. Er wird also weiter Propaganda machen. Es ist nicht bekannt, in welcher Form seine Bedenken und sein Gewissen bereinigt wurden. So wie die Entwicklung im BDJ heute ist, wird er den Entschluss, doch zu bleiben, nur sehr

schwer rechtfertigen können.

Für die Jugendorganisationen und politischen Jugendverbände hatte es des Austritts von Herrn Waldow nicht bedurft, um klar zu erkennen, dass nicht nur in Finanzgebaren, sondern in der ganzen Organisation vieles zu undurchsichtig ist, um in Ordnung sein zu können. Sie haben sich lange vor Waldow schon vom BDJ distanziert.

- - - - -

Informationsdienst der COMISCO

sp. Vom 4. Januar an wird das Sekretariat von COMISCO einen wöchentlich erscheinenden Informationsdienst herausgeben über Fragen der politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung der Arbeiterparteien in der ganzen Welt. Es sollen u.a. Beiträge maßgebender Persönlichkeiten der verschiedenen Parteien über laufende Angelegenheiten und die vielseitigen Bemühungen der internationalen Arbeiterbewegung veröffentlicht werden. Vor allem soll der Dienst eine authentische Information über alle wesentlichen Ereignisse im Bereich der Arbeit von COMISCO bringen.

- - - - -

Weniger lernen, mehr schreiben

sp. Wie das Ostbüro der SPD aus Dresden erfahren hat, beschäftigen sich die ostzonalen Gewerkschaften und Wirtschaftsministerien mit dem Plan, die Lehr- und Ausbildungszeit für Jugendliche um ein halbes Jahr grundsätzlich zu kürzen. Sie sollen dann als vollwertige Arbeitskräfte zur Erfüllung des Fünfjahresplanes herangezogen werden. Zu diesem Zweck soll ein sogenanntes Punktsystem eingeführt werden. Der Jugendliche, der eine gewisse Punktzahl erreicht hat, wird zur Lehrlingsprüfung zugelassen. Die höchste Punktzahl erreicht der Jugendliche durch die Zugehörigkeit zur FDJ, der aktiven Teilnahme an den politischen Veranstaltungen, durch die Werbung neuer Mitglieder und Zeitungsleser, den Verkauf von Abzeichen. Wer seine Punktzahl nicht erreicht, muss ein halbes Jahr länger lernen. Damit soll zugleich der Druck zur politischen Gewinnung der Jugend verstärkt werden.

+ + + + +

---

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt